

presse

AG Energie

KWK durch EU-Emissionshandel stärken

*Zu den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission (Trilog) zum EU-Energie- und Klimapaket erklären der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Rolf Hempelmann** und der zuständige Berichterstatter **Dirk Becker**:*

Der Beschluss des Umweltausschusses des europäischen Parlaments vom 7. Oktober 2008, den Wärmeanteil von Kraftwerken, die in Kraft-Wärme-Kopplung gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, ab 2013 von der Versteigerung von Emissionszertifikaten auszunehmen, bis 2020 aber zu 100 Prozent einzubeziehen, hat zu zahlreichen Irritationen in der Branche geführt.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung bei den derzeit laufenden Verhandlungen in Brüssel zur EU-Emissionshandelsrichtlinie ab 2013 die deutliche Position vertritt, den Wärmeanteil von KWK-Anlagen vollständig von der Versteigerung von Emissionszertifikaten auszunehmen. Wir bitten die Bundesregierung - bei aller notwendigen Kompromissbereitschaft im Detail - in dieser Frage eine eindeutige Linie in Brüssel zu vertreten.

Eine Einigung beim EU-Emissionshandel auf der Basis der Beschlüsse des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments würde die Wirtschaftlichkeit der besonders energieeffiziente und ressourcenschonende Beheizung von Gebäuden durch Fernwärme deutlich verschlechtern und somit das erst im Juni vom Deutschen Bundestag zum 1. Januar 2009 novellierte Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz konterkarieren. Dadurch bestünde die Gefahr, dass ein zentrales Standbein des Integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung (IEKP), die Verdoppelung des KWK-Anteils an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent, kaum mehr zu erreichen wäre.